

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60, Reklame RM 0.60, Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — ei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnisdorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 30

Freitag, den 5. Februar 1926

78. Jahrgang

Das Wichtigste

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Generalbe-
ratung über die Fürstenabfindung fortgesetzt.
Die Entscheidung der Reichsregierung über das Eintrittsge-
such Deutschlands in den Völkerbund wird in einer Sitzung
am Montag erfolgen.
Der Termin für den Zusammentritt der vorbereitenden Kom-
mission für die internationale Weltwirtschaftskonferenz ist
endgültig auf Mitte Mai festgelegt worden.
Die ungünstige Lage des kaufmännischen Stellenmarktes hat
sich nach den letzten Monatsberichten der Reichsstellen-
vermittlung des S. D. A. noch verschlechtert. Die Zahl
der Stellenlosen im ganzen Reich dürfte 200 000 über-
schritten haben; unter ihnen werden sich etwa 65 000
weibliche kaufmännische Angestellte befinden.
Eine Erbschaft von 1 1/2 Millionen Dollar fällt einem Zimm-
stettener (Schwaben) Landwirt in den Schoß, der sich als
der alleinige Erbe eines kinderlos in Amerika verstorbenen
Verwandten herausgestellt hat.
„Politi Monitor“ meldet 43 Enteignungen deutscher Be-
sitzungen in Polen durch die Liquidationskommission. In
Posen und Warschau wurden am 1. Februar die fälligen
Gehaltszahlungen an die Beamten nur zu 60 % geleistet.
König die Statistik nicht, dann hat sich der Prinz von
Wales beim Parforce-Jagdreiten mit dem soeben aus
England gedrehten Bruch des linken Schlüsselbeins sei-
nen 15. Knochen gebrochen. Anatomen mögen ausrechnen,
wieviel dem Kronprinzen noch zu tun übrigbleibt. Eins
ist sicher, der Prinz von Wales zählt zu der mutigen
Gattung Thronfolger.
Deutlich der Insel Dagö sind wiederum 21 Schiffe, auf dem
Wege nach Reval befindliche Dampfer im Eise stecken
geblieben.
Die „Morningpost“ bringt ein Moskauer Telegramm, wo-
nach das dem Großen Sowjet vorgelegte russische Heeres-
budget für 1926 die Neubildung von 2 Armeekorps enthält.
In der Nähe von Angora ist ein starkes Erdbeben gespürt
worden. Mehrere Dörfer wurden vollständig zerstört.
Nach einer Meldung aus New York ist der spanische Flie-
ger Franco um 529 Uhr amerikanischer Zeit in Rio de
Janeiro eingetroffen.
In der Themsemündung fand gestern ein dreifacher Schiffs-
zusammenstoß zwischen einem schwedischen, einem norwegischen
und einem englischen Dampfer statt. Alle Besatzungen und
Passagiere sind gerettet worden.

Der Abrüstungsschwandel.

Die Abrüstungskonferenz, die von den Alliierten mit so
großer Reklame angekündigt worden war, ist wieder mal ins
Wasser gefallen. Sollte man fragen, wer schuld ist an der
Verzögerung der Konferenz, so ist die Antwort darauf eigen-
lich selbstverständlich. Wer schreit am meisten, daß Deutsch-
land immer noch heimliche Waffen besitze, und wer rüfelt, als
ginge es zu einem neuen Weltkriege? Frankreich allein ist,
wie immer, der Störenfried und das Hindernis in der Frage
der Abrüstung der Nationen. Frankreich hat natürlich auch
den Antrag auf Verschiebung der Abrüstungskonferenz ein-
gebracht, und es hat auch noch Bundesgenossen gefunden, die
Frankreich, Spanien, Belgien, der Tschechoslowakei und Ur-
ussland unterstützten. Auf Grund des Gesuches von
Frankreich wurde der für den März vorgesehene Termin für eine
Weltwirtschaftskonferenz vorläufig abgesetzt.
Da Frankreich naturgemäß Mittel finden muß, um die
Sanktionierung der Abrüstung zu begründen, geht die Pariser
Presse mit ihrer alten erprobten Unverschämtheit wieder ein-
mal mit dem Märchen von der deutschen Unterlassungsinde
bei der Entwaffnungsfrage hausieren. Ein Pariser Blatt
hat die Stirn, als Grund für die Aufschiebung einer Ab-
rüstungskonferenz anzugeben, daß Deutschland selbst daran
schuld sei, da es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Wo-
gegen sei, daß diese Logik nicht ganz verständlich ist. Wo-
gegen sei, daß der Geist der Versöhnung in Frankreich
ebenso wenig noch nicht tief eingedrungen ist. Im übrigen ver-
steht man in Frankreich nur allzu gern und allzu leicht, daß

Kabinettsentscheidung über den Beitritt zum Völkerbund

Dr. Dezer verteidigt die Reichsbahn — Amerika will sein Militärbudget erhöhen
Ausssprache mit den Ministerpräsidenten
der Länder

Berlin. Das Anmelde-schreiben Deutsch-
lands für die Mitgliedschaft im Völkerbund
wird den Ministerpräsidenten der Länder bei ihrer
Zusammenkunft am Sonnabend fertig formuliert vorgelegt
werden. Die Ausarbeitung des Anmelde-schreibes wird
von dem Reichsaussenminister selbst vorgenommen und der
Borklaut durch Kabinettsbeschlus gedeckt werden.
Die Konferenz der Ministerpräsidenten hat im wesent-
lichen den Charakter eines formalen Höflichkeitsaktes gegen-
über den Länderregierungen. An der Zustimmung der Mi-
nisterpräsidenten ist kaum ein Zweifel.
Die Absendung des Antrages auf Eintritt Deutschlands
in den Völkerbund ist also frühestens für Montag zu er-
warten. Nachdem am Sonnabend zunächst die Ansicht der
Ministerpräsidenten der Länder eingeholt worden ist, wird
das Kabinett zu der Angelegenheit noch Stellung nehmen.
Der genaue Zeitpunkt der entscheidenden Kabinettsitzung
unter dem Vorisze Hindenburgs ist noch nicht festgelegt. Die
Sitzung dürfte erst am Montag stattfinden.

ueber die
Vertretung Deutschlands bei der ersten Völkerbundtagung
geht das Rätselraten im In- und Auslande munter weiter.
Aus Paris wird gemeldet, daß Stresemann selbst in
Begleitung des Votischapters v. Hoersch als Vertreter
Deutschlands erscheinen werde. Daß der Außenminister selbst
zur Wahrnehmung der deutschen Interessen nach Genf gehen
wird, ist längst entschieden.
Stresemann folgt damit nur der gleichen Praxis der
anderen Länder, die sich ebenfalls in der Regel durch ihre
Außenminister bei den Tagungen des Völkerbundes ver-
treten lassen. Nur für den Fall, daß der Außenminister
verhindert ist, wird ein gelegentlicher Vertreter bestimmt
werden. Wer der Delegation für Deutschlands erste Teil-
nahme am Völkerbund im März unter dem Außenminister
angehören wird, ist noch nicht bestimmt.

Die deutsche Entwaffnung einer allge-
meinen Entwaffnungsvorausgehen solle. Im Ver-
sailer Vertrag wird ausdrücklich festgesetzt,
daß Deutschlands Entwaffnung der Beginn
einer allgemeinen Entwaffnung sein soll.
Deutschland hat seine Pflicht bewacht von Kontrollkom-
missionen erfüllt, nun sind es die anderen, die zu beweisen
haben, daß sie das, was sie im Versailer Vertrag unter-
zeichnet haben, halten, und daß der Vertrag nicht nur ein
Fetzen Papier ist, das wohl für Deutschland bindende Ver-
pflichtungen enthält, die Alliierten aber nicht angeht. Das
waffenlose Deutschland ist heute umgeben von waffenstarken
Staaten, die mehr Geld denn je ausgeben für die Ver-
stärkung ihrer Heere. Wozu dieses sich Bewaffnen bis an die
Zähne eigentlich sein soll, begreift man nicht. Aber es gibt
doch nicht ein Land, das seinen Namen unter den Friedens-
vertrag von Versailles gesetzt hat und das seit jenem Tage
etwas für die Verminderung seiner Heeresstärke getan hätte.
Neuerdings scheint Italien den französischen Rüstungs-
fimmel schlagen zu wollen. Der gallische Größenwahn ist nach
Süden gezogen und hat sich auf Italien gelegt. Mussolini hat
aus voller Brust in die Welt hinausposaunt, daß Italien
sein Heer derart verstärken werde, daß es bald das
größte auf dem europäischen Kontinent sein werde. Man
bedenke, daß das 42-Millionen-Volk der Italiener die Bahn-
idee hegt, ein größeres Heer zu unterhalten, als andere
Staaten in Europa mit größerer Bevölkerungszahl. Und
wieder fragen wir, wozu? Gegen wen rüfelt Italien?
Schließlich England. Zwar hat England sich der
Unterschrift in dem Gesuch auf Vertagung der Abrüstungs-
konferenz enthalten, aber es hat sicherlich nichts dagegen,

Eine Rechtfertigung Desers.

Berlin, 5. Februar. Ein Pressevertreter hatte eine
Unterredung mit dem Generaldirektor der Reichsbahn-
gesellschaft Dr. Desers über die im Haushaltsausschuß des Reichs-
tages erhobenen Vorwürfe gegen die Reichsbahn. Sein
Nichterscheinen im Reichstag oder Reichstagsausschuß rech-
fertigte Deser damit, daß das Reichsbahngesetz ihm diese
Haltung auferlege. Am meisten fühlte sich Dr. Deser be-
troffen durch den von Zentrumseite im Haushaltsausschuß
erhobenen Vorwurf, daß die Bestimmungen des Reichsbahn-
gesetzes nicht von den Ausländern, sondern von den deut-
schen Vertretern in das Gesetz hineingearbeitet worden seien.
Nach Dr. Desers Auffassung ist es nur den deutschen Unter-
händlern zu verdanken, daß die Reichsbahn dem Deutschen
Reich als Eigentum sichergestellt sei. Das Reichsbahngesetz
sei von einer Zweidrittelmehrheit des deutschen Reichstages
angenommen worden. Die Reichsbahn sei damit verpflichtet,
das Gesetz zu befolgen. Von irgendeiner Auslegung des
Gesetzes zu Ungunsten des Reiches durch die Reichsbahn
könne nirgends die Rede sein. Die Tarif- und Personal-
politik sei maßgebend bestimmt durch die finanziellen Lasten.
Dr. Deser verteidigt dann die auch vom Reichsverkehrs-
minister in ihrer Auswirkung sehr angezweifelten Leistungs-
zulagen. Sie seien für die Reichsbahn außerordentlich wert-
voll. Die Gerichte über die Höhe der Gehälter der leitenden
Beamten seien maßlos übertrieben. Die Vorwürfe über Ver-
schwendungsfucht der Verwaltung hätten sich bei näherer
Nachprüfung als durchweg nicht stichhaltig erwiesen.

Erhöhung des amerikanischen Militärbudgets.

Aus Washington wird gemeldet, daß dem Abgeordneten-
haus ein Gesetzentwurf zugegangen ist, der für das Militär-
budget 1926 Kredite in Höhe von 329 581 924 Dollars
vorsieht. Der Betrag übersteigt um 1 087 000 Dollars die
budgetären Voranschläge und übersteigt um 695 000 Dollars
das Militärbudget des laufenden Finanzjahres. Der ge-
samte Gesetzentwurf sieht folgende Bestände vor: 12 000 Of-
fiziere und 125 000 Mann. Die gegenwärtigen Bestände
belaufen sich auf nur 11 000 Offiziere und 118 000 Mann.

wenn es nicht allzu schnell mit der Abrüstung vorwärts geht.
Die Abrüstung der Landheere interessiert ja England über-
haupt weniger. Ihm kommt es mehr darauf an, darüber zu
wachen, daß keine andere Nation größere Flottenrüstungen
vornimmt, als England es tut, und darauf dürfen wir mit
Sicherheit rechnen, daß in dem Augenblick, wo die Abrüstung
zur See in Genf erörtert wird, England mit seinen Forde-
rungen nicht im Hintergrund bleiben wird.

Kürzlich machte der englische Ministerpräsident Bal-
win darauf aufmerksam, daß eine Abrüstung für West-
europa solange unmöglich ist, wie Osteuropa sich von der Teil-
nahme der Abrüstung ausschließt. Bei Rußland liegt es
also, sagt Herr Baldwin, ob das hohe Ziel, die Abrüstung
der Nationen, erreicht wird. Man beginnt schon so langsam,
einen neuen Sündenbock herauszustellen, der die gute Ab-
sicht der Alliierten zunichten macht.

Nach alledem mag es jedem überlassen bleiben, selbst zu
urteilen, was von der Abrüstung der Nationen zu erwarten
ist. Wir werden es erleben, daß die Alliierten einen Bruch
des Versailer Vertrages begehen, indem sie Ausflüchte fin-
den, sich der Verpflichtung der Abrüstung zu entziehen.

Dr. M.

Vertilge und sämstliche Angelegenheiten.

(Der Volkstrauertag sein gesetzlicher
Feiertag!) Der Landesverband der Saal- und Rönzert-
inhaber Sachsens schreibt: Die in den letzten Tagen in ei-
ner Anzahl von Tageszeitungen gebrachte Notiz, betr. eines
gesetzlichen Volkstrauertages, hat den oben bezeichneten Ver-

